

## AfD-Verbot: Jeder zweite Deutsche für Parteiverbotsverfahren

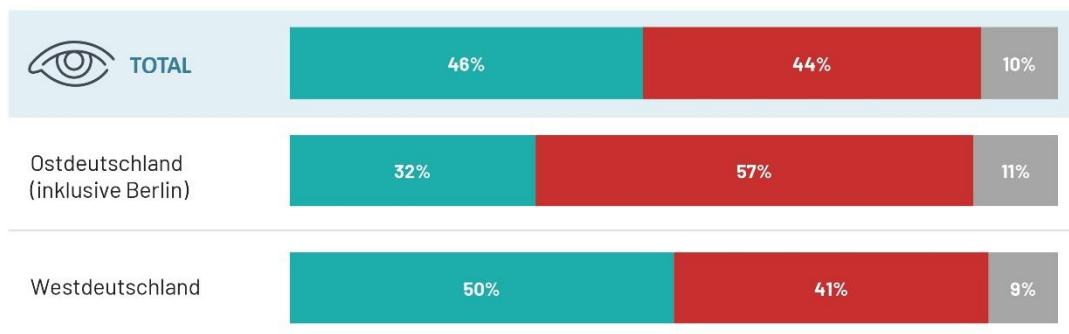
**Hamburg, 27. Mai 2025** – Anfang Mai stufte das Bundesamt für Verfassungsschutz die Alternative für Deutschland (AfD) als gesichert rechtsextremistisch ein. Dieser Schritt hat eine erneute Diskussion darüber entfacht, ob die Partei verboten werden sollte. Laut einer aktuellen Umfrage des Markt- und Sozialforschungsinstituts Ipsos würden 46 Prozent der Deutschen ein Parteiverbotsverfahren gegen die AfD begrüßen. Etwa ebenso viele (44 %) lehnen es hingegen ab. Bei der Beurteilung zeigen sich starke Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen sowie zwischen den verschiedenen politischen Lagern. Nachdem die AfD dagegen geklagt hatte, wurde die Einstufung des Verfassungsschutzes am 8. Mai vorerst ausgesetzt. Diese „Stillhaltezusage“ gilt, bis ein eindeutiges Gerichtsurteil vorliegt.

### Große Unterschiede zwischen Ost und West

Ostdeutsche stehen einem Verbotsverfahren gegen die AfD deutlich kritischer gegenüber als Menschen in Westdeutschland. In den ostdeutschen Bundesländern würde weniger als ein Drittel (32 %) der Befragten ein Verbotsverfahren gegen die AfD begrüßen. Eine Mehrheit von 57 Prozent lehnt es ab. Im Westen hingegen befürwortet die Hälfte (50 %) der Befragten ein Verbotsverfahren, während sich 41 Prozent dagegen aussprechen.

### AfD-Verbot: Ostdeutsche sehen Parteiverbotsverfahren kritischer

Seit Anfang Mai 2025 gilt die AfD als gesichert rechtsextremistisch. Dies hat erneut eine Diskussion dazu hervorgebracht, ob die AfD als Partei verboten werden sollte. Was denken Sie persönlich, sollte gegen die AfD ein Parteiverbotsverfahren eingeleitet werden?



- Ja, gegen die AfD sollte ein Parteiverbotsverfahren eingeleitet werden.
- Nein, gegen die AfD sollte kein Parteiverbotsverfahren eingeleitet werden.
- Weiß nicht / Keine Angabe

Methode: Quotierte Online-Befragung von 1.000 Wahlberechtigten zwischen 18 und 75 Jahren in Deutschland, repräsentativ gewichtet nach Alter, Geschlecht, Bildung, Region und Wahlverhalten bei Bundestagswahl. Feldzeit: 9. bis 10. Mai 2025.

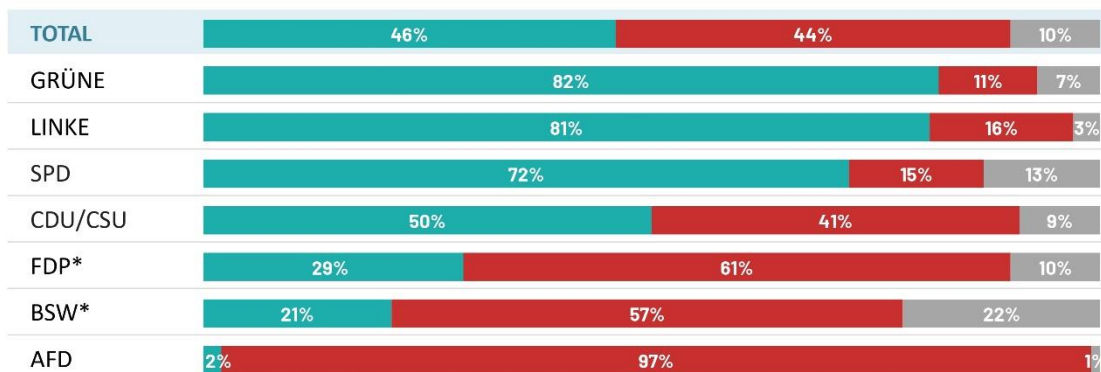


## Grüne und Linke für Verbotsverfahren, Unions-Wähler unentschlossen

Die Anhänger der Grünen (82 %) und der Linken (81 %) sind sich in ihrer Meinung weitgehend einig: Sie befürworten ein Parteiverbotsverfahren gegen die AfD. Auch drei Viertel (72 %) der SPD-Wähler würden diesen Schritt begrüßen. Anders sieht es bei den Unterstützern der Union aus: Während die Hälfte (50 %) ein Verbotsverfahren positiv bewertet, sprechen sich mit 41 Prozent ähnlich viele dagegen aus. Noch kritischer wird ein Verbot der AfD von den Anhängern der FDP (61 % Ablehnung, 29 % Zustimmung) und des BSW (57 % Ablehnung, 21 % Zustimmung) bewertet. Die Wählerschaft der AfD spricht sich erwartungsgemäß fast einstimmig (97 %) gegen ein Verbotsverfahren aus.

### AfD-Verbot: Jeder zweite Deutsche für Parteiverbotsverfahren

Seit Anfang Mai 2025 gilt die AfD als gesichert rechtsextremistisch. Dies hat erneut eine Diskussion dazu hervorgebracht, ob die AfD als Partei verboten werden sollte. Was denken Sie persönlich, sollte gegen die AfD ein Parteiverbotsverfahren eingeleitet werden?



- Ja, gegen die AfD sollte ein Parteiverbotsverfahren eingeleitet werden.
- Nein, gegen die AfD sollte kein Parteiverbotsverfahren eingeleitet werden.
- Weiß nicht / Keine Angabe

Methode: Quotierte Online-Befragung von 1.000 Wahlberechtigten zwischen 18 und 75 Jahren in Deutschland, repräsentativ gewichtet nach Alter, Geschlecht, Bildung, Region und Wahlverhalten bei Bundestagswahl. Im Totalwert sind auch die Personen berücksichtigt, die keine der gelisteten Parteien wählen würden. Feldzeit: 9.-10.5.2025. \*sehr kleines n von <50



## Frauen und Jüngere eher für AfD-Verbotsverfahren als Männer und Ältere

Während sich 50 Prozent der weiblichen Befragten für ein Verbotsverfahren aussprechen, sind es bei den Männern nur 42 Prozent. Gleichzeitig fällt der Anteil derjenigen, die ein Verbotsverfahren gegen die AfD ablehnen, bei den männlichen Befragten (50 %) deutlich höher aus als bei den Frauen (39 %).

Auch zwischen den Generationen zeigen sich Unterschiede. In der Gruppe der 18- bis 39-Jährigen spricht sich eine Mehrheit (54 %) für die Einleitung eines Parteiverbotsverfahrens gegen die AfD aus. In den Altersgruppen der 40- bis 59-Jährigen und der 60- bis 75-Jährigen fällt dieser Anteil mit 41 bzw. 44 Prozent deutlich geringer aus.



# PRESSE-INFORMATION

## Methode

Quotierte Online-Befragung von 1.000 Wahlberechtigten zwischen 18 und 75 Jahren in Deutschland, repräsentativ gewichtet nach Alter, Geschlecht, Bildung, Region und Wahlverhalten bei der letzten Bundestagswahl. Die Befragung wurde vom 9. bis 10. Mai 2025 durchgeführt.

## Kontakt

Dr. Robert Grimm  
Ipsos Politik- und Sozialforschung  
robert.grimm@ipsos.com  
Mobil: +49 160 2520275

## Über Ipsos

Ipsos ist eines der größten Markt- und Meinungsforschungsunternehmen der Welt mit etwa 20.000 Mitarbeitenden und starker Präsenz in 90 Ländern. 1975 in Paris gegründet, wird Ipsos bis heute von Forscher:innen geführt.

In Deutschland ist Ipsos mit über 500 Mitarbeitenden an fünf Standorten präsent: Hamburg, Berlin, München, Frankfurt und Nürnberg.

Die Expert:innen in Forschung und Analyse verfügen über das breite Know-how von Multi-Spezialist:innen, das tiefe Insights in Handlungen, Meinungen und Motivationen erlaubt und so ein wahres Verständnis von Gesellschaft, Märkten und Menschen vermittelt. Ipsos hat die große Bandbreite von Lösungsansätzen in 14 Service Lines zusammengefasst und unterstützt damit über 5.000 Kunden weltweit.

Ipsos ist seit dem 1. Juli 1999 an der Euronext in Paris notiert. Das Unternehmen ist Teil des SBF 120 und des Mid-60 Index und hat Anspruch auf den Deferred Settlement Service (SRD). ISIN code FR0000073298, Reuters ISOS.PA, Bloomberg IPS:FP

[www.ipsos.de](http://www.ipsos.de) | [Ipsos Wahl- und Meinungsumfragen](#)

## Auszug aus dem Fragebogen

*Seit Anfang Mai 2025 gilt die AfD als gesichert rechtsextremistisch. Dies hat erneut eine Diskussion dazu hervorgebracht, ob die AfD als Partei verboten werden sollte. Was denken Sie persönlich, sollte gegen die AfD ein Parteiverbotsverfahren eingeleitet werden?*

- (1) Nein, gegen die AfD sollte kein Parteiverbostverfahren eingeleitet werden.
- (2) Ja, gegen die AfD sollte ein Parteiverbotsverfahren eingeleitet werden.
- (3) Weiß nicht
- (4) Keine Angabe